

## Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

WOLFGANG WESSELS

Kontrovers und häufig emotionalisiert geführt wurden die wissenschaftlichen wie die politischen Diskussionen zur Europapolitik im Jahr nach den Maastrichter Beschlüssen. Mehrere Faktoren verdichteten sich zu einer Grundsatzdebatte<sup>1</sup>, wie sie über die europäische Integration lange nicht mehr geführt worden war. Deutlichstes Zeichen waren Manifeste für und gegen Maastricht, in denen Wissenschaftler jeweils mehrerer Disziplinen eindeutige Stellungnahmen abgaben und sich damit zu ihrer politischen Verantwortung bekannten.

### *Back to the fundamentals – Ein Paradigmenwechsel?*

Zentraler Gegenstand dieser Auseinandersetzung war eine intensive und ins Detail gehende Diskussion um den Vertrag über die Europäische Union (Rummel 1992; Quermonne 1992; Wilde d'Estmael/Franck 1993; Schoutheete 1993; politique étrangère 1993; Corbett 1992; Doutriaux 1992; Louis 1992)<sup>2</sup>. In Deutschland konzentrierte sich die Kontroverse insbesondere auf die Ziele, Einstiegskriterien und Verfahren der vorgesehenen Wirtschafts- und Währungsunion und deren Konsequenzen für eine erfolgreiche Stabilitätspolitik. Aus dieser Diskussion über monetäre Aspekte ergaben sich aber gleichzeitig auch Fragen zu den Möglichkeiten, Triebkräften und Zukunftschancen europäischer Integration, die nicht zuletzt seit dem weltpolitischen Wandel nach 1989 verstärkt gestellt wurden. Eine zunehmende Zahl von Veröffentlichungen, so auch von mehreren ehemaligen Botschaftern (Schauer 1993; Arnold 1992), die selbst in der Europäischen Gemeinschaft nur wenig aktiv waren, kritisierten historisch gewachsene Annahmen und öffneten damit den Raum für Grundsatzdebatten.

Folgt man den Kriterien des Wissenschaftshistorikers Kuhn<sup>3</sup>, so könnte man von einem "Paradigmenwechsel" in der wissenschaftlichen Diskussion sprechen. Manche Selbstverständlichkeit, die angesichts stabilerer internationaler Rahmenbedingungen und der begrenzten Relevanz verschiedener Gemeinschaftspolitiken als weithin akzeptiertes Allgemeingut – auch im wissenschaftlichen Diskurs – galt, wurde in einigen Disziplinen vehement zur Disposition gestellt. Der "permissive consensus", der immer wieder für die öffentliche Meinung konstatiert worden war<sup>4</sup>, zerbrach nicht nur in politischen, sondern auch in wissenschaftlichen Kreisen. Nicht zum ersten Mal, aber vielleicht häufiger als in vielen Jahren zuvor, wurde vom "neuen Europa" (Barbé/Grasa 1992; Reinicke 1992; Mathiopoulos 1992; Stares 1992; Story 1992), aber auch vom "verunsicherten Europa" (Hoffmann/Kramer 1992) gesprochen. In diesen Zusammenhang gehört auch die

intensive Beschäftigung mit den Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Europäische Gemeinschaft (Kohler-Koch 1991; Rottfeld/Stütze 1991; Weidenfeld 1993; Stares 1992; Lippert u. a. 1993).

Ob der beschriebene Wandel in der wissenschaftlichen Perzeption eine neue Epoche des europapolitischen Diskurses einleitet, die wesentlich durch massive Rückgriffe auf traditionelle Konzepte und Kategorien geprägt sein wird, oder nur ein Zwischentief signalisiert, das den Raum für neue Erkenntnisse eröffnet, ist derzeit nicht zu beantworten.

Häufig wurden mit den Grundsatzfragen gleichzeitig auch traditionelle Perspektiven weiterverfolgt. Sammelbände (Kreile 1992; Jakobeit/Yenal 1993; Story 1992; Cole/Cole 1993), Taschen-, Sachwörter- und Lehrbücher (Europa Ploetz 1993; González Sánchez 1992; Monar/Neuwahl/Noack 1993; Proske/Vieser 1992; Weidenfeld/Wessels 1992) beschreiben die Entwicklungen der Integrationspolitik und dokumentieren den Diskussionsstand. Veröffentlichungen zu Institutionen (Jacobs/Corbett/Shackelton 1992; Kirchner 1992; Werts 1992), zu spezifischen Politikbereichen der Gemeinschaft (Poth-Mögele 1993; Gros/Thygesen 1992; Maillet 1992; Hannequart 1992) oder zur Europäischen Union (Weisser 1992) lassen die vielfältigen Facetten der Europapolitik hervortreten. Erneut wurden "mythen"reduzierende Beiträge zu verschiedenen Phasen und Entwicklungsstufen der Geschichte der Einigung vorgelegt (Loth/Picht 1991; Pineau/Rimbaud 1991; *Historians of Contemporary Europe Newsletter* 1992). Zu den üblichen Themen gehörten auch die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Drittstaaten (Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 1992; Zentrum für Türkei-studien 1992; Strang/Redmond 1991) sowie das Verhältnis einzelner Mitgliedstaaten zur Europäischen Gemeinschaft, so etwa Belgiens (van Meerhaeghe 1992), Griechenlands (Kazakos 1992) und Großbritanniens (George 1992).

Zunehmende Aufmerksamkeit in den wissenschaftlichen Arbeiten fand die Ausgestaltung der Politik gegenüber den Staaten Zentral- und Osteuropas (Bonvicini u. a. 1991; Ehrhart 1993; Weidenfeld/Huterer 1992). Vielfach behandelt wurde dabei die übergreifende Fragestellung des Verhältnisses von Erweiterung und/oder Vertiefung der EG/Europäischen Union (Lippert/Wessels 1993; Wessels/Engel 1993; Wessels 1993 b).

Hinzuweisen ist für eine anregende wissenschaftliche Lektüre insbesondere auf den von Michael Kreile herausgegebenen Band "Die Integration Europas", in dem fast alle führenden deutschen Integrationsforscher politikwissenschaftlicher Provenienz grundsätzliche, aber auch spezifische Fragen der europäischen Einigung behandeln. Mit diesem Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift wird quasi die Momentaufnahme eines "state of the art" vorgelegt. Ein interdisziplinäres Bild der kontroversen Maastrichter Diskussion und der damit verbundenen Grundsatzdebatten präsentiert der Sammelband von Rudolf Hrbek (1993), der verschiedene Beiträge der Jahrestagung des Arbeitskreises Europäische Integration 1992 dokumentiert.

*Die "Schlacht" der Manifeste*

Auslöser einer intensiven und kontroversen Auseinandersetzung war ein Manifest von 60 Ökonomen gegen Maastricht, die in 11 Punkten die im Vertrag über die Europäische Union vorgesehenen Artikel zur Wirtschafts- und Währungsunion einer fundamentalen Kritik unterzogen – mit dem Ergebnis: "Die Beschlüsse von Maastricht sind in entscheidenden Punkten ungeeignet, dieses Ziel (einer WWU) angemessen zu verwirklichen" (*Integration* 4 (1992): 229). Sie vermißten die Forderung nach dauerhafter Konvergenz, kritisierten zu weiche Einstiegsriterien und gingen von der Prämisse aus, daß es einen substantiellen Grundkonsens, "Preisstabilität als Priorität zu betrachten, (...) in Gesamteuropa bisher noch nicht (gibt)" (ebd.: 229). Im Falle der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion erwarteten sie hohe Transferzahlungen zum Zwecke eines Finanzausgleiches, bemerkten jedoch ebenso: "Da bisher noch keine Vereinbarungen über die Struktur einer politischen Union existieren, fehlt hierfür (...) ein demokratisch hinreichend legitimes Regelungssystem" (ebd.: 229).

Einen besonderen Schwerpunkt bildete auch in der folgenden Diskussion die Frage, inwieweit die Europäische Zentralbank trotz der Übernahme und sogar der Verschärfung statuarischer Regeln der Bundesbank in der Lage sein wird, Preisstabilität in Europa durchzusetzen. Dies gelte um so mehr, "weil es für sie aufgrund unterschiedlicher Interessen der nationalen Entscheidungsträger keinen genügend starken Anreiz gibt, dies zu wollen" (ebd.: 229). Zudem: "Die persönliche Unabhängigkeit der Gouverneure ist nicht gesichert, und Sanktionen bei Verletzung des Stabilitätsziels fehlen" (ebd.: 229). Insgesamt kommt dieses Manifest zum Schluß: "Die überhastete Einführung einer Europäischen Währungsunion wird Westeuropa starken ökonomischen Spannungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können und damit das Integrationsziel gefährden" (ebd.: 229).

In der öffentlichen Diskussion vertreten und weiterentwickelt wurde diese These insbesondere durch Renate Ohr. Ihre zentrale Argumentation lautete: "Die Währungsunion (weist) gravierende ökonomische Nachteile auf. (...) Das europäische Währungssystem – so wie es konzipiert ist und wie es auch lange Zeit praktiziert wurde – (beinhaltet) demgegenüber deutliche Vorteile" (Ohr 1993: 89). Betont wird, daß der "Währungswettbewerb als Stabilisierungsfaktor" wirkt (ebd.: 101).

Ein weiterer durchgängiger Kritikpunkt, der von der Bundesbank wie von anderen Autoren vorgebracht wurde, zielte auf die mangelnden Fortschritte auf dem Weg zur Politischen Union als Voraussetzung für eine Währungsunion. Aus historischen Analysen wurde die Schlußfolgerung gezogen: "Diejenigen Währungsunionen, die Bestand hatten, sind als Folge von oder im Gleichschritt mit Politischen Unionen entstanden. Diejenigen Währungsunionen, die keinen Erfolg hatten, wurden begonnen, ohne im Gleichschritt eine Politische Union zu vollziehen" (ebd.: 98).

Umfassender noch waren die Einwände deutscher Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler gegen Maastricht: "Unser wichtigster Kritikpunkt ist, daß der

Maastricht-Vertrag Kompetenzen auf Organe der Europäischen Gemeinschaft in einer Art und Weise überträgt, die zu einer Zentralisierung ohne hinreichende Kontrolle führen würde. Die Bürokratie der Gemeinschaft würde weder einer demokratischen Kontrolle durch Instanzen der Europäischen Gemeinschaft noch einer wirksamen Kontrolle durch die Mitgliedstaaten unterliegen" (Integration 4 (1992): 236).

Für den "Maastrichter Unionsvertrag als ein zukunftsorientiertes Gesamtpaket" plädierten Wissenschaftler verschiedener Fakultäten und Disziplinen in ihrem Manifest: "Der Vertrag über die Europäische Union stellt eine notwendige Etappe dar auf dem Weg von den Gründungsverträgen über die Einheitliche Europäische Akte zu einem handlungsfähigen, solidarischen, demokratischen und stabilen Europa. Diese Entwicklung liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten und entspricht nicht zuletzt auch den deutschen Anliegen. Eine Nichtratifizierung des Vertragswerkes gefährdet den Aufbau eines neuen Europa, in dem die Beteiligten eine gemeinsame Verantwortung für gemeinsame Aufgaben tragen" (ebd.: 241).

Zu den Kritikpunkten der 60 Ökonomen setzte in diesem Manifest wie in anderen Beiträgen eine intensive Diskussion ein. Das Manifest für Maastricht führte aus: "Eine bloße Fortführung des EWS unter den neuen Bedingungen vollständig liberalisierter Kapitalmärkte in den Mitgliedstaaten und auch für die Zukunft nicht auszuschließender massiver Störungen der Weltkapitalmärkte ist kaum mit einem geringeren Risiko verbunden als die Verwirklichung einer europäischen Währungsunion" (ebd.: 243).

Die Chefökonominnen dreier deutscher Großbanken wandten sich noch heftiger gegen die Kritik an Maastricht: "Die Thesen der deutschen Professoren zu Maastricht atmen den Geist der 70er Jahre, sie ignorieren die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Europa in den 80er Jahren, sie verharmlosen die Risiken des Rückfalls in nationalstaatliche Engstirnigkeit in den 90er Jahren und sie gefährden die vernünftige institutionelle Ausgestaltung Europas, wo diese zur Sicherung des Integrationsprozesses dringend gebraucht wird" (ebd.: 230).

Kritisiert wurde das Manifest gegen Maastricht auch in einer Stellungnahme europäischer Wirtschaftswissenschaftler, welche dessen skeptische Sichtweise als einseitig beurteilten: "Da sie sich ausschließlich auf die Risiken der Integrationslösung konzentriert, ohne sich mit den stabilitätspolitischen Implikationen des Status quo auseinanderzusetzen, verkennt sie, daß die Schaffung einer Europäischen Zentralbank (EZB) und einer Europawährung nicht nur mit mikroökonomischen, sondern auch mit wesentlich makroökonomischen Vorteilen für Deutschland verbunden ist" (ebd.: 232). Im Hinblick auf die Rolle der Zentralbank wird ausgeführt: "Die institutionellen Voraussetzungen für die Wahrung der Preisstabilität sind somit unzweifelhaft gegeben" (ebd.: 233).

Drastischer stellte noch ein Befürworter des Maastrichter Vertrages, Peter Bofinger, die Alternative dar: "Stabilitätsinsel Deutschland oder Stabilitätszone Europa" (Bofinger 1993: 77). In einem Durchspielen von "Crash-Tests" ungünstiger währungspolitischer Szenarien kam er vergleichend zu einem relativen Vorteil für die Währungsunion: "Das Modell der Stabilitätsinsel ist (...) vom

Denken der 60er Jahre geprägt. (...) Demgegenüber bietet die 'Stabilitätszone Europa' die Möglichkeit, eine Geldverfassung, die sich in Deutschland bewährt hat, auf ganz Europa auszudehnen (...)" (ebd.: 87/88).

*Staat und Verfassung – Stichpunkte und Reizwörter*

In der Debatte um den Vertrag über die Europäische Union wurde auch erneut der Charakter der Gemeinschaft im Hinblick auf ihre möglichen "Staats"qualitäten intensiv und kontrovers diskutiert. Eng verknüpft war damit die Überlegung, inwieweit der Maastrichter Vertrag verfassungs- oder verfassungsähnliche Strukturen aufweist.

"Verfassungsstaaten zeichnen sich dadurch aus, daß sie politische Macht und gesellschaftliche Interessen an ein übergeordnetes Gemeinwohl binden, und zwar durch konsensschaffende, demokratisch legitimierte Vermittlungsorgane. Genau diese Voraussetzungen fehlen der EG." (Zellentin 1993: 43). Dem steht gegenüber: "Man braucht die Verfassungsvorstellung nicht notwendig im Sinne des demokratischen Verfassungsprozesses auf nationalstaatlicher Ebene zu verstehen. Europäische Verfassung, das kann die hinreichend legitimierte Schöpfung oberster Normen bedeuten, die eine neugeschaffene europäische Einrichtung konstituieren." (Oppermann 1993: 107). Ist Maastricht damit bereits eine Verfassung?: "Im formalen Sinne der obersten Normenebene schon, in dem materiellen, daß in Verfassungen nur die politisch wichtigen, wesentlichen Dinge knapp zusammengefaßt werden, wohl kaum. 'Verfassungen sollen kurz und dunkel sein', lautet bekanntlich ein alter Erfahrungssatz. Für wen ist diese Maastrichter Verfassung eigentlich geschrieben? Die Bürger Dänemarks, Frankreichs und Irlands sollten über sie mit 'Ja' oder 'Nein' befinden. Konnten sie diese endlosen Texte überhaupt begreifen? Ist das nicht eine reine Juristenverfassung geworden, in der sich nicht einmal jeder Rechtsgelehrte zurechtfindet?" (ebd.: 108).

Ein anderer Zugang zur Diskussion über die Staatsqualitäten stellte auf die Untersuchung der "Vorbereitung, Herstellung, Durchführung und Kontrolle allgemein verbindlicher Entscheidungen über den Einsatz (national)staatlicher Handlungsinstrumente" (Wessels 1992: 36; 1993 a: 67) ab. In einer entsprechenden Langzeitbeobachtung wurde festgestellt: "Zur Bewältigung eines zunehmenden (doppelten) Ebenen- und Entscheidungsdilemmas 'verflechten' oder 'verschmelzen' die Regierungen und Verwaltungen interdependenter westeuropäischer Wohlfahrts- und Dienstleistungsstaaten in wachsendem Maße ihre staatlichen Handlungsinstrumente horizontal und vertikal mit denen der EG. Durch spezifische Beteiligungsformen zwischen EG-Organen und nationalen Institutionen ist auch in den Maastrichter Verträgen ein Prozeß zu einem 'fusionierten Föderalstaat' verstärkt worden, der – in historischer Perspektive – als neue Phase in der Entwicklung westeuropäischer Staaten verstanden werden kann" (Wessels 1993 a: 66 f.).

Gegen eine derartige Analyse wurden andere Beobachtungen oder zumindestens Empfehlungen angeführt: "... gegen eine europäische Staatsbildung (spricht)

die Unsicherheit über die sich dabei entwickelnden Machtverhältnisse. Wie wäre zu erreichen, daß Asymmetrien in der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung durch die Wahrnehmung eines legitimen Sachwalters des europäischen 'Gemeinwohls' neutralisiert und nicht de facto fixiert würden?" (Zellentin 1993: 46). Oder auch leicht variierend: "(Der) Übergang zu föderaler europäischer Staatlichkeit insgesamt würde mindestens die Vergemeinschaftung der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der inneren Sicherheitspolitik – also Polizeihöhe und ähnliches – voraussetzen. Davon ist der Unionsvertrag weit entfernt. Näher als die Sorge vor dem übermächtigen Europäischen Bundesstaat, die neuerdings manche Maastricht-Kritiker auch in Deutschland bewegt, scheint die Frage zu liegen, ob der sich abschwächende europäische Einigungsprozeß nicht vielleicht mit Maastricht in eine Spätphase übergegangen ist, nachdem äußere Bedrohungen entfallen sind. Sind wir vielleicht bereits näher an der Finalität der Integration, als uns bisher bewußt geworden ist?" (Oppermann: 109f.). Oder auch im Sinne einer Warnung: "Wenn es Anhängern der europäischen Einigung um eine föderale Zielsetzung geht, tun sie sich keinen guten Dienst, wenn sie zur Umschreibung dessen, was sie erstreben, ein unitarisches Bundesstaatsmodell anstelle eines föderalistischen präsentieren; das ist aber dann der Fall, wenn man die Kompetenzkompetenz des Bundes unterstellt und daraus Konsequenzen für die politische Qualität ableitet. Ein Gebilde, in dem dies so ist, mag Bundesstaat heißen, es ist aber gewiß kein föderalistischer Bundesstaat" (Schneider 1993: 141).

Als Alternative wurde gesehen: "Die Europäisierung nationaler Gremien könnte auch einen höheren Grad der Demokratisierung europäischer Politik herbeiführen als die Entnationalisierung parlamentarischer Vertretungen und Verwaltungen auf Gemeinschaftsebene" (Zellentin 1993: 58).

Für die Beurteilung des Maastrichter Vertrages ergaben sich aus diesen grundsätzlichen Analysen häufig doch ähnliche Bewertungen: "Die Betrachtung des Vertrages hat gezeigt: Maastricht ist ein weiterer, begrenzter Schritt der Vertiefung der europäischen Einigung ohne qualitativen Sprung. Er liegt in der Logik der bisherigen Entwicklung, die mit der Maastricht-Revisionskonferenz 1996 (Art. N Abs. 3 UV) fortgesetzt werden soll. Maastricht ist nicht der Übergang zum Europäischen Bundesstaat oder gar zu einem regulierungssüchtigen Brüsseler Zentralismus" (Oppermann 1993: 118), oder auch: "Wie bei vorangegangenen Grundsatzentscheidungen Westeuropas ist erneut die 'historische Chance' zu einem konstitutionell eindeutigen 'Sprung' in eine umfassende, föderal gegliederte Verfassung nicht umgesetzt worden. Wie üblich handelt es sich um ein politisches Verhandlungspaket, das eine Vielzahl von Forderungen und Konzessionen aggregiert, ohne einer kohärenten Blaupause zu folgen. Das Ergebnis besteht jedoch nicht nur aus verhandlungstaktisch bedingten Zufälligkeiten. Vielmehr ist eine Verstärkung von drei in der Gemeinschaftsgeschichte durchgängig beobachtbaren integrationspolitischen Langzeittrends festzustellen" (Wessels 1993 a: 65). Schließlich: "Man (wird) der Union zwar einen qualitativen Wachstumsschub, aber noch keine bundesstaatliche Essenz im gegenwärtigen Zustand attestieren können. In der Formulierung der klassischen Bundesstaatslehre fehlt noch die 'Fülle der

Staatsgewalt', die 'Kompetenzkompetenz' (...) ruht noch in den Händen der Mitgliedstaaten; doch werden die Souveränitätseinbußen laufend stärker, so daß man von einer 'geteilten Souveränität' sprechen könnte" (Weber 1993: 128).

Offen bleibt jedoch nachdrücklich die Legitimitätsfrage: "Die Gleichsetzung von Parlamentarisierung mit Demokratisierung und daher mit Legitimitätssicherung ist nicht schlüssig. Die legitimitätssichernde Kraft der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates entfaltet sich nämlich nur auf der Basis einer 'Political Community'" (Schneider 1993: 155).

### *Maastricht und die deutsche Einigung*

Eine besondere Note erhielt die Diskussion um den Maastrichter Vertrag durch die Verknüpfung mit der deutschen Einigung und der Integration der neuen Bundesländer in die Europäische Gemeinschaft: "In Deutschland wurde der Vertrag von Maastricht zunächst als ein zwar insgesamt zu kleiner Schritt, aber als ein deutliches Bekenntnis interpretiert, das nationale deutsche Schicksal mit dem der Partner in der Gemeinschaft dauerhaft zu verbinden" (Lippert u. a. 1993: 281). Insgesamt "(wirkt) die deutsche Einigung als politischer Katalysator für den europäischen Integrationsprozeß, jedoch war der Impuls von kurzer Dauer" (ebd.: 282). Eindeutig wurde von allen Kommentatoren gesehen, daß "nur begrenzt Erfahrungen aus der Eingliederung der fünf neuen Bundesländer in die Europäische Gemeinschaft (zu) gewinnen (sind)" (ebd.: 283). Selbst wenn die unmittelbare Verknüpfung entweder als wenig relevant galt oder zumindestens überholt erschien, so wurde doch generell erwartet, daß "für die Richtung und Dynamik des europäischen Einigungsprozesses (...) die deutsche Rollensuche und -interpretation wie auch ihre internationale Handlungsfähigkeit erneut von erheblicher Bedeutung sein (wird)" (ebd.: 284). Noch bedeutsamer als die eigene Rolleninterpretation würden die Einschätzungen anderer Partner im Westen und Osten sein (ebd.: 260 und Livingston 1992: 168 f.).

### *Aus dem "Menü" europawissenschaftlicher Arbeiten*

Als brauchbare Spiegel für das europawissenschaftliche Denken zu Beginn der 90er Jahre können zwei im Bezugsjahr erschienene Sammelbände (Kreile 1992 bzw. Jakobeit/Yenal 1993) gewertet werden. Kreiles Veröffentlichung beginnt mit einem Kapitel über Theorie und Strategie der Integration, in dem Leitbilder (Schneider 1992), die Fusionsthese (Wessels 1992) sowie der Funktionalismus (Zellentin 1992) behandelt werden. Insbesondere zwischen den Beiträgen von Zellentin und Wessels ergibt sich ein Spannungsverhältnis<sup>5</sup>, das konstruktiv ausgelotet werden sollte. Ein zweiter Abschnitt behandelt Akteure und Interessen im EG-System, in dem Themen wie die Rolle organisierter Interessen (Kohler-Koch 1992), Mitbestimmung und "corporate control" (Windolf 1992), Parteiensysteme (Niedermayer 1992) sowie deutscher Föderalismus (Müller-Brandeck-Bocquet 1992) behandelt werden.

In dem Abschnitt zur Europäisierung von Politikfeldern werden die Bereiche Regionalpolitik (Tömmel 1992), neue Mitglieder (Axt 1992), Industrie- (Sturm 1992) und Steuerpolitik (Mette 1992) sowie Umwelt- (Strübel 1992) und Medienpolitik (Kleinsteuber/Rossmann 1992) behandelt.

Im vierten Großabschnitt wird "Gesamteuropa" thematisiert; analysiert wird die Rolle der Gemeinschaft in der Transformation Europas (Weidenfeld 1992), die Neuordnung der westeuropäischen Sicherheitspolitik (Seidelmann 1992) sowie NATO und KSZE als institutionelle Elemente einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur (Brauch 1992). Im einzelnen wird noch auf Polen (Ziemer 1992) sowie auf Rußland (Segbers 1992) eingegangen.

Der Sammelband zu Analysen, Problemen und Entwicklungsperspektiven Gesamteuropas (Jakobeit/Yenal 1993) umfaßt insgesamt vier Hauptabschnitte (Entwicklungen in Europa bis zum Ende des Kalten Krieges; Entwicklungen in Osteuropa; Entwicklungen in Westeuropa sowie gesamteuropäische Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven). Viele Themenstellungen überlappen sich mit denen des Bandes von Kreile. Häufig sind auch dieselben Autoren zu ähnlichen Themen beteiligt.

### *Beiträge zum Nachdenken*

Eine "Streitschrift" für den "Citoyen d'Europe" legte Joseph Rovon vor (Rovan 1993). Rechte und Pflichten des europäischen Bürgers werden umfassend behandelt. Rovans Buch ist eine jener so flüssig und überzeugend geschriebenen Arbeiten, wie sie insbesondere dem französischen Diskursstil entsprechen: anregend, auch wenn gelegentlich zu polemisch oder programmatisch formuliert.

Die in den aktuellen Diskussionen um die Tragfähigkeit und Legitimität einer europäischen Verfassung immer wieder gestellte Frage nach den gemeinsamen Grundlagen und Verständnissen wurde in einer neuen Serie "Europa bauen" thematisiert. Festgestellt wird, daß ein Aufbau Europas nur erfüllt werden kann, wenn "der Geschichte Rechnung getragen wird". Ausgangspunkt dabei ist: "Auf (dem) Erbgut, das seit prähistorischer Zeit dieses Europa befähigt hat, gerade wegen seiner Einheit und Vielfalt einen solchen Reichtum an Kulturgut, eine solche außergewöhnliche Kreativität zu entfalten, muß sich die Zukunft stützen" (Le Goff 1993: 5). Drei bereits vorgelegte Bände behandeln das Europa der Aufklärung (Im Hof 1993), Die Stadt in der europäischen Geschichte (Benevolo 1993) sowie Europa und das Meer (Mollat Du Jourdin 1993). Der Ausgangspunkt jedes dieser Werke ist die Suche nach gemeinsamen Fundamenten, um das Charakteristische der jeweiligen Entwicklungen zu erklären. Sie bieten einen interessanten Kontrast zu der sonst üblichen nationalen Geschichtsschreibung mit der Betonung der je eigenen Besonderheiten. Diese Art von langfristigen Betrachtungen helfen, manches Verbindende, aber auch fortbestehende Unterschiede zu erklären und die Geschichtsträchtigkeit vieler konkreter Probleme der europäischen Wirklichkeit deutlich zu machen.



## Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Einführung insbesondere Hrbek, Rudolf: Kontroversen und Manifeste zum Vertrag von Maastricht, in: *Integration 4* (1992), S. 225–228.
- 2 Aufgrund des besonderen Gegenstands dieses Beitrags unterscheidet sich die Zitierweise zugunsten einer erhöhten Übersichtlichkeit von dem sonst im Jahrbuch angewendeten Verfahren. Die besprochenen Publikationen werden direkt an Ort und Stelle in Kurzform zitiert. Die ausführlichen Daten der angeführten Werke sind im Literaturverzeichnis am Ende des Beitrags verzeichnet.
- 3 Vgl. Kuhn, Thomas S.: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt a. M. 1988.
- 4 S. Inglehart, Ronald: *Public Opinion and Regional Integration*, in: Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (Hrsg.): *Regional Integration, Theory and Research*, Cambridge, Mass. 1971, S. 160–191; ebenso Westle, Bettina/Niedermayer, Oskar: *Die Europäische Gemeinschaft im Urteil ihrer Bürger – ein sozialwissenschaftlicher Untersuchungsansatz*, in: *Integration 4* (1991), S. 177–186.
- 5 Vgl. auch Zellentin 1993.

## Literaturverzeichnis

- Arnold, Hans: *La nouvelle question allemande*, in: *Documents 4–5* (1992), S. 132–138.
- Axt, Hans-Jürgen: *Modernisierung durch EG-Mitgliedschaft? Portugal, Spanien und Griechenland im Vergleich*, in: Kreile, Michael (Hrsg.): *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 209–233.
- Barbé, Esther/Grasa, Rafael: *La Comunitat Europea. La Nova Europa*, Barcelona 1992.
- Benevolo, Leonardo: *Die Stadt in der europäischen Geschichte*, München 1993.
- Bofinger, Peter: *Stabilitätsinsel Deutschland oder Stabilitätszone Europa?*, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Baden-Baden 1993, S. 77–88.
- Bonvicini, Gianni u. a.: *Die EG und die jungen Demokratien in Europa. Ein gemeinsamer Bericht westeuropäischer Außenpolitik-Institute*, Baden-Baden 1991.
- Brauch, Hans Günter: *NATO und KSZE als institutionelle Elemente einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur*, in: Kreile, Michael (Hrsg.): *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 362–389.
- Cole, John/Cole, Francis: *The Geography of the European Community*, London/New York 1993.
- Corbett, Richard: *The Intergovernmental Conference on Political Union*, in: *Journal of Common Market Studies 3* (1992), S. 271–298.
- Doutriaux, Yves: *Le Traité sur l'Union Européenne*, Paris 1992.
- Ehrhart, Hans-Georg: *Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 10* (1993), S. 37–47.
- Europa Ploetz: *Basiswissen über das Europa von heute*, bearbeitet von Brückner, Michael/Maier, Roland/Przyklenk, Andrea, Freiburg i. Br./Würzburg 1993.
- George, Stephen: *Britain and the European Community. The Politics of Semi-Detachment*, Oxford 1992.
- González Sánchez, Enrique: *Manual del Negociador en las Comunidades Europeas*, Madrid 1992, Imprenta de la Oficina de Información Diplomática.
- Gros, Daniel/Thygesen, Niels: *European Monetary Integration. From the European Monetary System to European Monetary Union*, London/New York 1992.
- Hannequart, Achille (Hrsg.): *Economic and Social Cohesion in Europe. A new objective for integration*, London/New York 1992.
- Historians of Contemporary Europe Newsletter 3–4 (1992).
- Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter (Hrsg.): *Das verunsicherte Europa*, Frankfurt a. M. 1992.

- Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993.
- Im Hof, Ulrich: Das Europa der Aufklärung, München 1993.
- Integration 4 (1992): Forum. Manifeste zu Maastricht, S. 225–245.
- Jacobs, Francis/Corbett, Richard/Shackelton, Michael: The European Parliament, 2. Auflage, London 1992.
- Jakobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.): Gesamteuropa. Analysen, Strategien und Entwicklungsperspektiven, Bonn 1993.
- Kazakos, Panos: Die integrationspolitischen Initiativen der 80er Jahre und die griechische Europa-Politik, Athen 1992.
- Kirchner, Emil Joseph: Decision-making in the European Community. The Council Presidency and European Integration, Manchester/New York 1992.
- Kleinsteuber, Hans, J./Rossmann, Torsten: Kommunikationsraum Europa? Die Medienpolitik der EG und die europäische Integration, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 292–317.
- Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Die Osterweiterung der EG, Baden-Baden 1991.
- Kohler-Koch, Beate: Interessen und Integration. Die Rolle organisierter Interessen im westeuropäischen Integrationsprozeß, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 81–119.
- Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992.
- Le Goff, Jacques: Europa bauen, in: Im Hof, Ulrich: Das Europa der Aufklärung, München 1993, S. 5–6.
- Lippert, Barbara u. a.: Die EG und die neuen Bundesländer. Eine Erfolgsgeschichte von kurzer Dauer?, Bonn 1993.
- Lippert, Barbara/Wessels, Wolfgang: Erweiterungskonzepte und Erweiterungsmöglichkeiten, in: Jakobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.): Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Bonn 1993, S. 439–457.
- Livingston, Robert Gerald: United Germany: Bigger and better, in: Foreign Policy 87 (1992), S. 157–174.
- Loth, Wilfried/Picht, Robert (Hrsg.): De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991.
- Louis, Jean-Victor: L'Union Economique et Monétaire, in: Cahiers de droit européen 3–4 (1992), S. 251–305.
- Maillet, Pierre: La Politique économique dans l'Europe d'après 1993, Paris 1992.
- Mathiopoulos, Margarita (Hrsg.): Das Neue Europa. Ein europäisch-amerikanischer Dialog, Bonn 1992.
- Meerhaeghe, M. A. G. van (Hrsg.): Belgium and EC Membership Evaluated, London/New York 1992.
- Mette, Stefan: Steuerpolitik zwischen nationaler Souveränität und europäischer Harmonisierung, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 254–273.
- Mollat du Jourdin, Michel: Europa und das Meer, München 1993.
- Monar, Joerg/Neuwahl, Nanette/Noack, Paul (Hrsg.): Sachwörterbuch zur Europäischen Union, Stuttgart 1993.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Europäische Integration und deutscher Föderalismus, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 160–182.
- Nelson, Brian/Roberts, David/Veit, Walter (Hrsg.): The European Community in the 1990s. Economics, Politics, Defense, Oxford 1992.
- Niedermayer, Oskar: Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Parteiensysteme: eine quantitative Analyse, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 143–159.
- Ohr, Renate: Koreferat zu Peter Bofinger: Stabilitätsinsel Deutschland oder Stabilitätszone Europa?, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993, S. 89–102.
- Oppermann, Thomas: Der Maastrichter Vertrag – Rechtspolitische Wertung, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993, S. 103–119.
- Pineau, Christian/Rimbaud, Christiane: Le Grand Pari. L'Aventure du Traité de

- Rome, Paris 1991.
- Politique étrangère 1 (1993): La Communauté après Maastricht.
- Poth-Mögele, Andrea: Das Prinzip der "Partnerschaft" in der Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt a.M. 1993.
- Proske, Christine/Vieser, Susanne: Stichwort EG, München 1992.
- Quermone, Jean-Louis: Trois lectures du Traité de Maastricht. Essai d'analyse comparative, in: Revue Française de Science Politique 5 (1992), S. 802–818.
- Reinicke, Wolfgang H.: Building a New Europe. The Challenge of System Transformation and Systemic Change, Washington, D.C. 1992.
- Rottfeld, Adam Daniel/Stützle, Walther (Hrsg.): Germany and Europe in Transition, Oxford 1991.
- Rovan, Joseph: Citoyen d'Europe. Comment le devenir, Paris 1993.
- Rummel, Reinhardt (Hrsg.): Toward Political Union. Planning a Common Foreign and Security Policy in the European Community, Baden-Baden 1992.
- Schauer, Hans: Europa der Vernunft. Kritische Anmerkungen nach Maastricht, München/Landsberg am Lech 1993.
- Schneider, Heinrich: Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 3–35.
- Schneider, Heinrich: Synthese und Schlußfolgerung, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993, S. 133–157.
- Schoutteete, Philippe de: Réflexions sur le Traité de Maastricht, in: Annales de Droit de Louvain 1 (1993), S. 73–90.
- Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 32 (1992): Die Schweiz und Europa.
- Segbers, Klaus: Rußland: Europapolitik als Innenpolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 406–427.
- Seidemann, Raimund: Zur Neuordnung der westeuropäischen Sicherheitspolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 335–361.
- Stares, Paul B.: The New Germany and the New Europe, Washington D.C. 1992.
- Story, Jonathan: Les opinions publiques, obstacle à l'intégration européenne, in: politique étrangère 4 (1992), S. 893–913.
- Strang, Mary/Redmond, Arlene (Hrsg.): Turkey and the European Community. A Forum Europe Conference in partnership with the Turkish Permanent Delegation to the European Communities, Brüssel 1991.
- Strübel, Michael: Nationale Interessen und europäische Politikformulierung in der Umweltpolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 274–291.
- Sturm, Roland: Konkurrenz oder Synergie? Nationale und europäische Industriepolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 234–253.
- Tömmel, Ingeborg: System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 185–208.
- Weber, Albrecht: Zur Verfassungsstruktur der Europäischen Gemeinschaft nach Maastricht, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993, S. 212–232.
- Weidenfeld, Werner: Zur Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Transformation Europas, in: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 321–334.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Was ändert die Einheit?, Gütersloh 1993.
- Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred: Osteuropa: Herausforderungen – Probleme – Strategien, Gütersloh 1992.
- Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A–Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Auflage, Bonn 1992.
- Weisser, Ulrich: NATO ohne Feindbild. Konturen einer europäischen Sicherheitspolitik, Bonn 1992.